

St. Galler Tagblatt, 20.7.2015

Petition gegen Bosnier-Familie

Eine Gruppe von St. Galler SVP-Politikern fordert die Kantonsregierung auf, einer moslemischen Familie die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen.

ANDRI ROSTETTER

ST. MARGRETHEN. Die St. Galler Regierung muss sich voraussichtlich mit einer Petition befassen, die sich gegen eine bosnische Familie in St. Margrethen richtet, welche ihren Kindern die Teilnahme an gewissen Schulanlässen aus religiösen Gründen verweigert.

Die Petition fordert die Nichtverlängerung oder den Entzug

der Aufenthaltsbewilligung für die strenggläubigen Moslems.

«Nicht weiter dulden»

Die Petitionäre stören sich an der konstanten Verweigerungshaltung der Familie. «Wir können nicht weiter dulden, dass die Kinder trotz mehreren Sanktionen vom Schulbesuch und Klassenlager ferngehalten werden und wir solches Tun noch mit unsern Steuergeldern in Form

von Sozialhilfe unterstützen müssen», heisst es in der Petition.

Kantonsräte und Lokalpolitiker

Hinter der Petition steht eine Gruppe von SVP-Politikern, darunter Nationalrat Lukas Reimann sowie mehrere Kantonsräte und Lokalpolitiker. Die Gruppe nennt sich «Komitee für die Erhaltung des sozialen Friedens». ▶ THEMA 2/OSTSCHWEIZ 15



Bild: ky/Ennio Leanza

Monatelanges juristisches Hickhack: Unterstützerinnen der bosnischen Familie vor der Verhandlung vor dem Kantonsgericht im November 2014.

«Gefahr für den sozialen Frieden»

Seit Monaten schwelt in St. Margrethen ein Streit zwischen der Schule und einer bosnischen Familie, die ihre Kinder streng nach dem Koran erzieht. Ein Komitee fordert jetzt den Entzug der Aufenthaltsbewilligung für die Familie.

ANDRI ROSTETTER

ST. MARGRETHEN. Der Streit um das Kopftuchverbot der Schule St. Margrethen erhält eine weitere Dimension: Ein SVP-Komitee fordert mit einer Petition, dass die Aufenthaltsbewilligung der involvierten bosnischen Familie nicht verlängert oder sogar entzogen wird. «In Anbetracht der massiven Gefährdung des sozialen Friedens durch das Verhalten der Familie ersuchen wir die Regierung des Kantons St. Gallen, die Aufenthaltsbewilligung nicht mehr zu verlängern bzw. diese zu entziehen», heisst es in der Petition.

Konstante Verweigerung

Die bosnischen Eltern, die ihre vier Kinder streng nach dem Koran erziehen, liegen seit längerem im Konflikt mit lokalen

und kantonalen Behörden. Die Eltern sind obligatorischen Elternabenden ferngeblieben, haben die Teilnahme ihrer Kinder an Lagern und Schwimmunterricht abgelehnt und die Zusammenarbeit mit weiblichen Lehrpersonen verweigert.

Beschwerde gegen Kopftuch

Die höchsten Wellen geworfen hat bislang der Streit um das Kopftuch einer Tochter. Im August 2013 erschien das Mädchen mit Kopftuch in der Schule, obwohl die St. Margrether Schulordnung Kopfbedeckungen im Unterricht strikt untersagt. Im November 2014 hiess das Verwaltungsgericht die Beschwerde der Familie gegen das Kopftuchverbot gut. Das Gericht beurteilte die Anwendung des Verbots auf religiös begründete Kopfbedeckungen als unverhältnis-

mässig, solange sich keine ernsthafte Gefährdung des Religionsfriedens abzeichne. Die Schulgemeinde zog den Fall an das Bundesgericht weiter. Das Urteil steht noch aus.

«Mit Steuergeldern unterstützt»

Die Petitionäre stören sich aber nicht nur an der konstanten Verweigerungshaltung der Familie. Die bosnische Familie lebt seit Jahren von der Sozialhilfe, der Vater sass 2014 im Gefängnis, weil er eine Busse nicht bezahlen konnte. In der Petition heisst es: «Wir können nicht weiter dulden, dass die Kinder trotz mehreren Sanktionen vom Schulbesuch und Klassenlager ferngehalten werden und wir solches Tun noch mit unsern Steuergeldern in Form von Sozialhilfe unterstützen müssen.» Und weiter: «Wenn eine Integration ge-

scheitert ist, müssen die Konsequenzen gezogen werden.»

Hinter der Petition steht eine Gruppe von SVP-Politikern aus dem Kanton St. Gallen, darunter Nationalrat Lukas Reimann sowie die Kantonsräte Bruno Dudli, Erwin Böhi, Peter Kuster und René Bühler. Die Gruppe nennt sich «Komitee für die Erhaltung des sozialen Friedens».

Rechtsradikale Inhalte

Eine treibende Kraft hinter der Petition ist auch Mike Egger. Der Kantonsrat und Präsident der Jungen SVP St. Gallen kämpft seit Jahren für ein Kopftuchverbot auf kantonaler Ebene. Egger geriet dieser Tage mit einem Facebook-Eintrag in die Schlagzeilen: Er veröffentlichte einen Beitrag, auf dem ein YouTube-Video mit dem Titel «Wie sich die Bootsner in Süditalien wirk-

lich aufführen» zu sehen war. Das Video führte auf eine Website mit rechtsradikalem Inhalt.

Egger ist nicht das einzige Mitglied des Komitees, das mit zweifelhaften Einträgen im Internet auf sich aufmerksam gemacht hat. Mit von der Partie ist auch Marcel Toeltl, Präsident der SVP St. Margrethen. Toeltl hatte im Februar mit einem Blogbeitrag über Flüchtlinge nationale Bekanntheit erlangt. «Gerade Flüchtlinge aus Eritrea und Syrien, die nachweislich einen sehr tiefen Länder-IQ haben, sind in unserem Land, wirtschaftlich gesehen, fehl am Platz», schrieb er. Die St. Galler Staatsanwaltschaft verurteilte den Politiker wegen Widerhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm zu einer bedingten Geldstrafe. Toeltl zog den Fall seinerseits vor Bezirksgericht.

ZUR SACHE

Mit renitenten Moslems auf Stimmenfang



Eine Gruppe von SVP-Politikern fordert für eine moslemische Familie in St. Margrethen den Entzug der Aufenthaltsbewilligung.

Es geht um Kopftücher, es geht um Gebetsräume, es geht um den Islam: Seit Monaten liegt eine bosnische Familie im Rheintal mit den Behörden im Streit, weil sie ihre Kinder streng nach dem Koran erziehen will. Die Kinder dürfen nicht in den Schwimmunterricht, die Tochter muss mit dem Kopftuch zur Schule, der Vater weigert sich, mit weiblichen Lehrpersonen zusammenzuarbeiten. Das ist tatsächlich starker Tobak. Wer derart renitent ist, muss sich Sanktionen gefallen lassen. Im Fall dieser Familie ist das bereits passiert: Der Vater hat eine mehrmonatige Gefängnisstrafe abgesessen – und er muss wohl ein weiteres Mal hinter Gitter.

Ein Teil der St. Galler SVP macht nun politisch gegen diese Familie mobil: Die Gruppe ruft die Kantonsregierung dazu auf, der Familie die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen. Begründung: Die Integration sei gescheitert, also müssten die Konsequenzen gezogen werden. Nur so könne der soziale Friede erhalten werden.

Wirklich glaubwürdig wirkt diese Petition nicht. Gerade die SVP müsste wissen, was es für einen Entzug der Aufenthaltsbewilligung braucht. Widerborstiges Verhalten gegenüber Schulbehörden genügt dafür nicht. Und was den sozialen Frieden angeht: St. Margrethen wird an einer einzelnen renitenten Moslem-Familie nicht zugrunde gehen. Gefährdet wird die gegenseitige Akzeptanz vielmehr durch Petitionen, die auf Ressentiments gegen Andersgläubige setzen. Für die SVP ist diese Familie geradezu ein ideales Feindbild: Ausländer, Moslems, Sozialhilfeempfänger. Es geht den Petitionären also kaum um den sozialen Frieden. Sondern in erster Linie um Wählerstimmen.

Andri Rostetter
andri.rostetter@tagblatt.ch

St. Galler Tagblatt, So. 7. 2015